Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2146
15. 04. 88

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. April 1988
am Donnerstag, dem 21. April 1988

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Schweizer Bundesrat eine Schweizer Beteiligung an dem von ESA zu liefernden bemannten Weltraumlabor APM, das Element der bemannten Weltraumstation Columbus werden soll, ausgeschlossen hat, weil es „das Gesamtpotential der US-Raumstation erhöht, deren militärische Nutzung in ihren eigenen Teilen sich die USA ausdrücklich vorbehalten hat" (Antwort des Schweizer Bundesrates auf die Interpellation im Schweizer Nationalrat vom 17. Februar 1988), und wie ist diese Entscheidung des Schweizer Bundesrates mit der wiederholten Erklärung von Vertretern des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zu vereinbaren, daß eine nur friedliche Nutzung der bemannten Raumstation insgesamt gesichert sei?

2. Abgeordneter **Fischer (Homburg)** (SPD)

Spielte für die Regierungen von Österreich und Schweden die mögliche militärische Nutzung der Raumstation eine Rolle bei ihrer Entscheidung gegen eine Beteiligung an Bau und Betrieb der bemannten Raumstation „Columbus"?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gezogen, daß für die Entschädigung an sich entschädigungspflichtiger Waldschäden keine gesetzlichen Grundlagen bestehen hinsichtlich der Vorlage einer eigenen Gesetzesvorlage und hinsichtlich alternativer Entschädigungsregelungen?

4. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Warum beabsichtigt die Bundesregierung, durch „Richtlinien über den Grundsatz der Güter- und Pflichtenabwägung bei der Verfolgung von Straftaten bei Demonstrationen" von der bisherigen Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft abzuweichen, und was will sie dem Bayerischen Richterverein entgegensetzen, der in diesem Richtlinienentwurf einen Angriff auf „die das Strafverfahren beherrschenden Grundsätze der Legalität und damit die Rechtsstaatlichkeit insgesamt" sieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß auf der einen Seite das Mineralölsteuerrecht umfassende Steuerbefreiungen für die Herstellung von methanhaltigem Klärgas aus Kläranlagen der Abwasserbeseitigung vorsieht, andererseits jedoch von seiten des Bundesministers der Finanzen beharrlich – obwohl in der Bundesrepublik Deutschland nicht eine Kläranlage mit anaerober Schlammstabilisierung und zwangsläufiger Klärgasgewinnung zur Verwendung in nichtstationären Motoren ausgerüstet ist – an der Durchsetzung der „Herstellererlaubnis" festgehalten wird, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Verwaltungsaufwand für die Steueraufsicht sowie für die Betreiber, zumal die technischen Einrichtungen sowie die Betriebsweise der Faulbehälter eingehend beschrieben und diese Beschreibungen geprüft werden müssen?

6. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach der Logik des Bundesministers der Finanzen auch jede spätere technische Änderung und Modifikation des Betriebes von Faulbehältern zunächst immer angezeigt und jeweils einem neuen „Erlaubnisverfahren" unterzogen werden muß – natürlich immer mit dem Ergebnis, daß die Steuerbefreiung gemäß Mineralölsteuergesetz bestätigt wird –, und wem nutzen solche bürokratischen Verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

7. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand des Generhaltungsprogramms als Gegenmaßnahme zum Waldsterben in der Bundesrepublik Deutschland bei (welchen) Waldbaumarten, und bei (welchen) Bodenpflanzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

8. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Pressemeldungen (HNA vom 23. März 1988), nach denen die Deutsche Bundespost einen Vorschuß in Höhe von 775 DM auf zu zahlende Telefongebühren verlangt hat, nachdem sie beim Postgirodienst Auskünfte über eine Telefonkundin erfragt und erhalten hat?

9. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Auf welche Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, daß künftig solche Übertretungen des Datenschutzrechtes (§ 6 des Postgesetzes, wonach personenbezogene Daten nur mit Zustimmung des Betroffenen weitergeleitet werden dürfen) ausgeschlossen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Gibt es für die Inhaftierung des deutschen Staatsangehörigen Adrian Kim in Südkorea seit dem 25. September 1987 hinreichende Haftgründe?

11. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um die Freilassung von Adrian Kim zu erreichen und um sicherzustellen, daß ein rechtsstaatliches Verfahren mit ausreichenden Verteidigungsmöglichkeiten durchgeführt wird und jederzeit humane Haftbedingungen gewährleistet sind?

12. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die militärische Lage in Eritrea und der Provinz Tigrai sich entscheidend zugunsten der Befreiungsbewegungen verändert hat und dadurch sowohl die äthiopische Hilfsorganisation RRC als auch internationale Hilfsorganisationen die am stärksten vom Hunger betroffenen Regionen nicht mehr versorgen können?

13. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung gewillt, ihre Haltung zum Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea aufzugeben, wie sie in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 23. Juli 1986 dargelegt wurde, und ist sie deshalb gewillt, angesichts der Intensivierung des Krieges sich kurzfristig um einen Waffenstillstand und längerfristig um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu bemühen?

14. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Wie wertet die Bundesregierung die außenpolitischen Aktivitäten der saarländischen Regierung in Paris?

15. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die saarländische Regierung in anderen Hauptstädten ähnliche Aktivitäten wie in Paris entfaltet bzw. entfaltet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesdruckerei in Berlin eine Preiserhöhung von 9,70 DM auf 11,90 DM für die Anfertigung von Personalausweisen und Pässen plant, und wenn ja, wie werden die Gemeinden vor einer dadurch entstehenden finanziellen Einbuße bewahrt, wenn die Gebühr von 10 DM für die Ausstellung der Personalausweise und Pässe entgegen eines zudem gestiegenen Verwaltungsaufwandes beibehalten wird?

17. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das sogenannte Sicherheitspapier, das bei Erstellung von Ausweisen und Pässen benötigt wird, aus Staaten des Ostblocks importiert wird, und wenn ja, warum?

18. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung diesbezüglich Vorkehrungen getroffen, auch vor dem Hintergrund der jüngsten Spionageaffäre, damit verhindert wird, daß verstärkt Agenten aus dem Ostblock mit hervorragend gefälschten Papieren in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden?

19. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ergänzend zu der unter Federführung des Bundesministers des Innern arbeitenden interministeriellen Arbeitsgruppe „Perspektiven der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst" eine interministerielle Arbeitsgruppe „Perspektiven der dezentralisierten Erledigung der unmittelbaren und mittelbaren Bundesaufgaben" einrichten und durch Sachverständige untersuchen lassen, welche Bundesaufgaben im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit moderner Kommunikationsmittel einerseits und die Personalprobleme, die die Bevölkerungsentwicklung andererseits mit sich bringt, künftig zur Erledigung im ländlichen Raum und im Zonenrandgebiet vorgesehen werden sollen?

20. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Wann ist mit den Ergebnissen des Prüfungsauftrages des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz vom 1./2. Dezember 1986 zu rechnen, wonach nicht nur umfassend über den Ausbau und Realisierungsstand des INPOL-Systems berichtet werden soll, sondern auch offene Fragen und Probleme beantwortet und gelöst werden sollen und im besonderen das INPOL-Fortentwicklungskonzept von 1981 einer klarstellenden Interpretation oder etwaigen Fortschreibung bedarf, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ein Zwischengutachten zu erstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei Behörden, Institutionen und Empfängern öffentlicher Fördermittel darauf hinzuwirken, daß anstelle der Anschaffung und Vorhaltung von Gerät und Personal für spezielle Einzelvorhaben verstärkt auf im Markt verfügbare private und freiberufliche Kapazitäten zurückgegriffen wird?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Fortschritte bei der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit im Bereich der SDI-Forschung?

23. Abgeordnete **Frau Dr. Hamm-Brücher** (FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen?

24. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung nach der in Madrid beschlossenen Organisationsreform des Airbus-Konsortiums die Weiterentwicklung des Programms Airbus?

25. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Welche Probleme und Hindernisse sieht die Bundesregierung, bei der zügigen Umsetzung einer Anreizverminderung der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Gesetzgebungskompetenzen für den Betrieb von Spielautomaten (z. B. den Faktor für die Berechnung der Umsatzsteuer von 1,5 auf 2,3) anzuheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

26. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Wenn es eine Kontingentierung von Übersiedlern aus der DDR gibt, nach welchen Kriterien wird sie vorgenommen?

27. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß das stillschweigende Akzeptieren einer möglicherweise einseitig von der DDR vorgeschriebenen Kontingentierung nicht im Einklang mit der im Grundgesetz verankerten Freizügigkeit, d. h. dem Recht aller Deutschen, sich in der Bundesrepublik Deutschland niederzulassen, steht?

28. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)

Treffen Angaben aus Kreisen der Evangelischen Kirche der DDR (u. a. Bischof Forck im Deutschlandfunk am 15. April 1988) zu, daß es zwischen Bundesregierung und DDR eine Absprache über die vierteljährliche Kontingentierung von Übersiedlern aus der DDR gibt?

29. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)

Steht die im Vergleich zu Vorjahren relativ niedrige Zahl von Übersiedlern aus der DDR im Zusammenhang mit einer solchen Absprache?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

30. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Welche Ergebnisse haben die Überlegungen erbracht, die von der Arbeitsgruppe, welche im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zur Vorbereitung der Strukturreform der Rentenversicherung eingesetzt worden ist, zur Anrechenbarkeit von Pflegezeiten angestellt wurden?

31. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Ist daran gedacht, den Pflegenden die Möglichkeit einzuräumen, auf Antrag freiwillige Rentenversicherungsbeiträge während der Pflegezeiten in die Rentenkassen einzuzahlen, und liegen der Arbeitsgruppe Erkenntnisse vor, inwieweit dabei § 1385 Abs. 3a RVO herangezogen werden kann, um die Anrechnung von Pflegezeiten zu ermöglichen?

32. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung entsprechend der Ankündigung von Bundesminister Dr. Schäuble (Politische Meinung 1/88), das Familiensplitting in das Rentensystem einbeziehen, um zu vermeiden, daß kinderlose Doppelverdiener auch in der Altersversorgung wesentlich besser gestellt sind als Familien mit Kindern?

33. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Dr. Schäuble, daß die Lösung dieses Problems eilbedürftig ist, und wann sollen die entsprechenden Regelungen in Kraft treten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

34. Abgeordnete **Frau Unruh** (DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den Feststellungen des letzten Bundesrechnungshofsberichts gezogen (Drucksache 11/872, S. 72), daß die Wohlfahrtsverbände öffentliche Zuwendungen zum Erwerb von Kapitalbeteiligungen und Wertpapieren sowie zur Bildung erheblicher Rücklagen zweckentfremdet haben?

35. Abgeordnete **Frau Unruh** (DIE GRÜNEN)

Inwieweit und in welcher Höhe gehören Bundesmittel zu den Geldern, die sich Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. in Nordrhein-Westfalen nach den jetzt bekanntgewordenen Feststellungen des Landesrechnungshofs durch Betrug im strafrechtlichen Sinne zugeeignet haben?

36. Abgeordneter **Werner (Ulm)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die geschäftsmäßige Vermittlung von Kindern durch ein Frankfurter Unternehmen (vgl. Presseberichte vom 13. April 1988), und welche Maßnahmen erachtet die Bundesregierung für notwendig, um einen derartigen sittlich verwerflichen und „beschämenden Menschenhandel" (OB Brück/Frankfurt) gegebenenfalls wirkungsvoll zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

37. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß es bei den Bundesbehörden für die Bundeswasserstraßen eine Untersuchung gibt mit dem Ziel, bisherige Regiearbeiten aus den Bauhöfen der Bundeswasserstraßen zu einem gewichtigen Teil der Aufgaben zu privatisieren?

38. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zum Verfassungsgebot, nach dem die Deutsche Bundesbahn (DB) dem Gemeinwohl zu dienen habe, indem sie der Bevölkerung flächendeckenden Verkehr anbietet, und wie verhalten sich die Stillegungsabsichten der DB im Sommerfahrplan 1988 zu diesem Verfassungsgebot?

39. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)

Auf welche Verkehrsmittel sollten nach Ansicht der Bundesregierung Fahrgäste umsteigen, die in ihrer Region von Streckenstillegungen oder Fahrplanausdünnungen der Deutschen Bundesbahn betroffen sind, und wie beurteilt die Bundesregierung die häufig zu registrierende Tatsache, daß Fahrgäste, einmal der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel mangels Angebot entwöhnt, neue Verkehrsmittel, z. B. S-Bahnen regionaler Verkehrsverbünde, auch aus Kostengründen nur schwer akzeptieren?

40. Abgeordnete **Frau Brahmst-Rock** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn ihre Absicht, den Zugbetrieb auf der Kursbuchstrecke 472 im Streckenabschnitt Neuss — Kaarst stillzulegen, aufgibt und statt dessen hinsichtlich des Zugmaterials, des Streckenzustands und der Fahrplangestaltung die geeigneten Maßnahmen ergreift, um dem großen Fahrgastpotential in dieser Region – Schüler/innen, Pendler/innen und Naherholungssuchende – ein attraktives Zugangebot zu machen?

41. Abgeordnete **Frau Brahmst-Rock** (DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Pläne vor, die heutige Bundesbahn-Kursbuchstrecke 472 bis nach Krefeld auszubauen und mit S-Bahn-Verkehr im Taktfahrplan zu bedienen, und wenn ja, wie sehen diese Pläne hinsichtlich der Kosten und der Terminierung aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

42. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Liegt die Anzahl der Leukämiefälle in der Region Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) höher als in anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland, und in welchem Ausmaß ist in den lezten Jahren ein Anstieg der Leukämiefälle in dieser Region zu verzeichnen?

43. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Leukämiefällen und der Nähe radioaktiver Stoffe oder sich damit befassender Einrichtungen, und ist bei deren Beschäftigten und Familienangehörigen eine höhere Krankheitsquote festzustellen, die u. U. eine gesonderte Überwachung, Auflagenerteilung oder gar Schließung der Urananlage Birkenfeld-Ellweiler zur Konsequenz hätte?

44. Abgeordneter **Graf** (SPD)

Ist es zutreffend, daß eine Anlage zu Dekontaminierung von Molkepulver nach § 3 der Strahlenschutzverordnung genehmigungspflichtig ist und im Falle der Entseuchung der Molke in Lingen (Antragsteller Firma Noell/Würzburg) das Genehmigungsverfahren bislang unter Umgehung der Strahlenschutzverordnung betrieben wird?

45. Abgeordneter **Graf** (SPD)

Was geschieht mit der Dekontaminierungsanlage in Lingen nach der Entseuchung des gesamten Molkepulvers, und ist es zutreffend, daß die Anlage in Lingen technisch auch in der Lage sein könnte, andere radioaktiv verseuchte Stoffe zu reinigen?

46. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Welche Position bezieht die Bundesregierung zur Entseuchung der Dekontaminierungsanlage in Lingen, die nach vorliegenden Einschätzungen 13,4 Millionen DM kosten soll, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß angesichts des geringen Nutzenwertes der Molke ein solcher Kostenaufwand gerechtfertigt ist?

47. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von den Forschungsergebnissen von Dr. Demuth, die Umgebung des Kernkraftwerkes „Würgassen" betreffend, und die von Bernhard Stein, das Lingener Atomkraftwerk betreffend, und welche Position bezieht die Bundesregierung zu diesen Erkenntnissen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

48. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland ab 1989 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf Soldaten übertragen?

49. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Falls die Bundesregierung eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung für Soldaten nicht vorsieht, in welcher Weise werden Soldaten für Einkommenseinbußen von ca. 2,5 Prozentpunkten entschädigt werden, die auf die Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf prozentuale Einkommensanhebungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind?

50. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Hält die Bundesregierung an dem „wichtigen Grundsatz" fest, „den Abbau" von Pershing II-Raketen „an allen Standorten im Prinzip gleichzeitig zu beginnen", wie es im Schreiben des Bundesministers der Verteidigung vom 7. Januar 1988 an den Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd zugesichert wurde?

51. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Interesse der Sicherheitsbelange der Bevölkerung nach Abzug der Pershing II-Raketen nicht nur keine Munition, Geschosse und keine konventionellen Raketen gelagert werden, sondern auch keine Transporte dieser Waffenteile mehr stattfinden sollen, und ist die Bundesregierung angesichts dessen bereit, auf eine Verlängerung des Schutzbereichs für die NATO-Verteidigungsanlage Mutlangen zu verzichten?

52. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nuklearen Artilleriegranaten auf deutschem Boden modernisiert werden?

53. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Wieviel Prozent der Kaliber 155 und 203 Millimeter sind schon bzw. werden bis Ende 1988 ausgetauscht?

54. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)	In wie vielen Reden hat sich der derzeitige Bundesminister der Verteidigung zwischen 1969 und 1982 im Deutschen Bundestag kritisch mit dem militärischen Tiefflug beschäftigt?
55. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)	Wie viele kritische Fragen hat er in der Fragestunde des Deutschen Bundestages in demselben Zeitraum zum Thema „Tiefflug" gestellt?

Bonn, den 15. April 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333